

Anrede

Ich begrüße Euch und Sie zur heutigen Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbunds auf dem Bremer Marktplatz. Zusammen mit der Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft, Gewerkschaft der Polizei und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Ich begrüße auch unter uns die Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Beamtenbunds –

Zusammen haben wir zu dieser Kundgebung aufgerufen, weil wir gemeinsam mit den mehr als 6000 Beamtinnen und Beamten, die hier zusammengekommen sind, laut und deutlich sagen

Wir fordern die Gleichberechtigung der Beamten und Beamtinnen mit den Tarifbeschäftigten des Öffentlichen Dienstes.

Wir wollen nicht, dass Beamte zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zweiter Klasse gemacht werden.

Wir fordern eine Übernahme des Tarifergebnisses in die Besoldung ohne Abstriche!

Und deshalb sagen wir Nein zum Beschluss des Senats.

Wenn dieser Beschluss umgesetzt wird, dann müssen die Beamten und Beamtinnen bis zum Oktober des nächsten Jahres warten, daß auch sie das Tarifergebnis bekommen - zu einem Zeitpunkt, zu dem die nächste Tarifrunde schon wieder gelaufen sein wird. Und das nach den Kürzungen und Einschnitten der letzten Jahre! Diese Benachteiligung werden wir nicht hinnehmen, diese Benachteiligung wird den Leistungen unserer Beamtinnen und Beamten nicht gerecht.

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund sage ich ausdrücklich: Hinter dieser Forderung steht nicht nur der DGB als Spitzenorganisation für die Beamten, stehen nicht nur die Beamtengewerkschaften sondern stehen auch die anderen Bremer Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften. Ob in der Privatwirtschaft oder im Öffentlichen Dienst – täglich müssen sich die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften für anständige Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung einsetzen, wehren sich gegen Kürzungen und Verschlechterungen. Deshalb werden wir es nicht

zulassen, das Beschäftigte im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft, dass Beamte und Angestellte gegeneinander ausgespielt werden.

Ich begrüße ausdrücklich auch die zahlreichen Nichtbeamten, die hierher gekommen sind, um diese Kundgebung zu unterstützen.

Wir haben es doch erlebt, dass der Öffentliche Arbeitgeber sich nicht davor gescheut hat, erst per Gesetz den Beamten das Weihnachtsgeld zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern und dann versucht hat, die Beamten als Druckmittel für genau dieselben Einschnitte im Tarifbereich zu missbrauchen.

Dagegen haben sich die Arbeiter und Angestellten des Öffentlichen Dienstes mit wochen- teilweise monatelangen Streiks erfolgreich zur Wehr gesetzt und einen Tarifabschluss von 2,9% erkämpft.

Dieses Tarifergebnis- muss auch auf die Beamten übertragen werden.

Es geht jetzt darum, dass die Beamten nicht weiter von der Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst abgekoppelt werden, es geht vor allem darum, dass die Einkommen der Beamten als Folge der Föderalismusreform nicht zur Verschiebemasse werden, mit der Haushaltslöcher gestopft werden.

Es geht um Gleichberechtigung und um soziale Gerechtigkeit.

Und, Kolleginnen und Kollegen, es geht auch um die Glaubwürdigkeit von Politik.

Wenn unser Bürgermeister Jens Böhrnsen, in der Regierungserklärung des Senats sagt - und es ist ja gut und richtig, dass er das gesagt hat - daß den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes mehr Wertschätzung entgegengebracht werden muss, dass Beschäftigte im ÖD nicht Kostenstelle sind, sondern dass ihre Leistung für die Bürgerinnen und Bürger, für unser Gemeinwesen anerkannt werden muss - dann kann nicht der Senat hingehen und denselben Menschen die Anerkennung ihrer Leistung unter Verweis auf die Haushaltslage verweigern.

Erbitterung und Verbitterung der Betroffenen kommen nicht nur wegen der 50 oder 100 Euro im Monat weniger im Portemonnaie - obwohl auch das für viele eine Menge Geld ist, vor allem, angesichts der Preissteigerungen

– die Erbitterung kommt auch daher, dass sich die Beamten zu Arbeitnehmern zweiter Klasse degradiert sehen, die hinter den übrigen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zurückstehen sollen.

**Das ist unglaublich, das ist ungerecht, deshalb:
Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten in
Bremen, Schluss mit der Benachteiligung.**